Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 3 (1935-1936)
Heft: 5

Artikel: Krise und Interventionismus
Autor: La Roche, Charles
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759246

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kennt der Staat die Wahrheit? Das ist die Frage; denn, wenn er sie nicht kennt, so kann er sie weder lehren noch lehren lassen. Wenn er sie kennt, so würde es als Staat sein, kraft einer permanenten Inspiration, die ihn zum Propheten erhebt und zum Apostel. Es sei! —falls man mir dafür Beweise liefert. Aber auch dann sind wir noch nicht weiter gelangt, denn: was man für den einen Staat bewiesen hat, wird man bei allen andern leugnen müssen, da ja jeder Staat seine eigene Doktrine hat und die Wahrheit sich nicht zugleich in verschiedenen und sich widersprechenden Doktrinen befinden kann. Daraus geht hervor, daß das Recht des Staates, über die Gewissen zu herrschen, einzig auf die Gewalt gegründet ist und nichts gemein hat mit dem Rechte . . .

Es gib eine Wahrheit, und es ist nicht der Staat, der sie in Verwahrung hat. Aber an wen wird jeder von uns verwiesen, um sie kennenzulernen? An sich selber, ohne jeden Zweifel! Das will nicht besagen, daß er sie in sich selber fände, ohne alle Hilfe. Nein, aber jeder hört und glaubt, jeder prüft und richtet, jeder vergleicht und wählt: freien Entschlusses unterwirft er sich. Das Gewissen des einzelnen hat die Wahrheit erkannt, und sein Wille nimmt das Gesetz des Gewissens an.

Krise und Interventionismus

von Dr. Charles La Roche

Wirtschaftskrisen hat es immer gegeben — auch im jetzt so vielgepriesenen Mittelalter. Sie waren aber örtlich beschränkt und meist durch äussere Umstände bedingt. Missernten, Krieg und Pestilenz suchten immer wieder die geplagte Menschheit heim. Wirtschaftszweige blühten auf und starben ab; aber erst seit der Ueberwindung des Zunftwesens, seit der industriellen Revolution kennen wir einen richtigen Krisenrhythmus, ein periodisches Auf und Ab der Konjunktur. Darum sehen wir in den in Abständen von 6—10 Jahren wiederkehrenden allgemeinen Krisen eine besondere Eigentümlichkeit der industriekapitalistischen Kreditwirtschaft.

Optimisten sehen darin nur einen häßlichen Fleck im freundlichen Bilde einer unbegrenzten Höherentwicklung. Pessimisten erwarten — oder fürchten davon, je nach ihrer Einstellung zur herrschenden Wirtschaftsordnung — den Untergang des Bestehenden.

In den beiden letzten Vorkriegsdezennien schienen die Optimisten recht zu bekommen. Die Krisen waren verhältnismäßig harmlos, die nachfolgenden Depressionen von kurzer Dauer. Es war, als ob die Wirtschaft nur ein wenig Atem holen wollte, und das stürmische Vorwärtsdrängen gewann bald wieder die Oberhand.

Der Ablauf der wirtschaftlichen Wechsellagen zeigte im großen und ganzen immer wieder dasselbe Bild: Die Geschäftsbelebung artet zur Hochkonjunktur aus, auf diese erfolgt ein heftiger Rückschlag — die eigentliche Krise, die nach kurzer Dauer zum Zustand der Depression überleitet. Der starke Preiszerfall, dem die Löhne nicht schnell genug nachfolgen, macht den gewinnbringenden Betrieb der bestehenden Unternehmungen unmöglich und schreckt vor neuen Investitionen ab. Die Betriebseinschränkungen und Lohnkürzungen ziehen wieder neue Schrumpfungen an anderer Stelle nach sich. Bei diesem Wettlauf zwischen Anpassung und Wirtschaftsschrumpfung gewinnt mit der Zeit die erstere die Oberhand. Man findet wieder festen Boden. Der Wagemut der Unternehmer regt sich wieder, und bei der ersten günstigen Konstellation beginnt das Spiel wieder von neuem.

Das besondere Gesicht der Weltkrise

Der fast gesetzmäßige Ablauf wurde durch den Weltkrieg unterbrochen. Die exogene Kriegs- und Nachkriegskonjunktur fand schließlich durch die heftige Krise von 1920 ein Ende, welche als ausgesprochene Deflationskrise aus dem gewohnten Rahmen heraus fällt. Auch die Krise von 1929 will sich nicht recht in das klassische Schema hineinfügen. Viele halten sie sogar für etwas grundsätzlich und wesenhaft Neues.

Bei genauer Betrachtung läßt sich aber die verwirrende Wirklichkeit des scheinbar einzigartigen Geschehens auf einige bestimmende Komponenten zurückzuführen, die mit den Mitteln der bisherigen Wirtschaftstheorie völlig ausreichend erklärt werden können. Das Einzigartige liegt nur in dem einmaligen Zusammen-

treffen verschiedener Umstände. Der große Aufwand apokalyptischer Mystik, mit dessen Hilfe aus einer wirtschaftlichen Erscheinung mit Gewalt eine Weltenwende gemacht wird, vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß es sich um einen gesetzmäßigen Ablauf handelt, dessen verheerende Wirkungen weniger durch die Natur der Sache als durch die Beschränktheit der Menschen bedingt ist. Nicht die Krankheit selbst ist das eigentliche Übel, sondern der hartnäckige Unverstand der politischen Quacksalber, die nicht einmal dann die richtige Behandlung wählen würden, wenn sie überhaupt zur Erkenntnis der Ursachen fähig wären. Erst die falsche Diagnose, verbunden mit einem durch keinerlei Sachkenntnis gehemmten therapeutischen Übereifer, haben aus einer vorübergehenden Erscheinung eine Katastrophe der Menschheit gemacht.

Die Sünden des Neomerkantilismus

Der Weltkrieg und insbesondere die unmittelbare Nachkriegszeit haben zugleich mit der Ideologie des Merkantilismus vergangener Jahrhunderte auch das ganze interventionistische Handwerkzeug des absolutistischen Staates wieder erstehen lassen. Aber dieser neue Interventionismus unterscheidet sich von dem eines Colbert, sowie das ehrsame Handwerk der Zunftzeit von der raffinierten Technik des modernen Großbetriebes.

An und für sich ist es begreiflich, wenn der Besitz vollkommener Waffen und Werkzeuge den Wunsch erregt, davon bei jeder Gelegenheit Gebrauch zu machen. Doppelt gefährlich ist ein Arsenal äußerst wirksamer wirtschaftlicher Waffen, wenn es in der Verfügungsgewalt von Regierungen und Verwaltungsmännern ist, deren Wirtschaftsgesinnung sich an mittelalterlichen Idealen orientiert.

So ist es leider so weit gekommen, daß die natürlichen Reaktionen des wirtschaftlichen Automatismus nicht mehr spielen können, weil jede noch so kleine Bewegung sofort durch die plumpe Hand behördlicher Eingriffe erstickt wird. Der Größenwahn einer angeblich den Staat tragenden und sich mit diesem identifizierenden Bürokratie glaubt alles und jedes regeln zu müssen, bis auch die einfachsten Dinge nicht mehr selbstverständlich sind, bis nichts mehr von selber geschieht. Der verwickelte Organismus der Volkswirtschaft wird wie ein toter Mechanismus behandelt. Merkwürdigerweise sind es oft gerade diese Sünder am Geiste der Wirtschaft, die

sich selbst als Anhänger einer organischen Auffassung des gesellschaftlichen Lebens bezeichnen, und jeden, der an eine natürliche Wirtschaftsordnung glaubt, einen Mechanisten schelten. Am Ende geht es uns dann wie dem Tausendfüßler der englischen Fabel:

The centipede was happy quite
Until the load in fun
Said: Pray, which leg comes after which
When you began to run?
This raised his doubts to such a pitch
That he lay struggling in the ditch
Considering how to run.

Wie sehr gleicht doch die Weltwirtschaft diesem armen Tier, das sich hilflos abzappelt und nicht vom Fleck kommt, weil es die diabolische Frage eines Witzboldes auf die unglückliche Idee gebracht hat, eine jede Bewegung seiner vielen Füße für sich zu verfolgen! So lange es nicht nachdachte, ging alles ganz glatt; jetzt aber geht es überhaupt nicht mehr.

In den letzten Jahren vor der Krise hatte sich der Zustand unseres grüblerischen Tausendfüßlers etwas gebessert. Die Zunahme des internationalen Warenaustausches und die Blüte der Volkswirtschaft bewiesen, daß man auf dem richtigen Wege war. Aber beim ersten Rückschlag zeigte es sich, daß die Gesundung eine scheinbare war. Der Tausendfüßler trieb es fortan ärger denn je. Dieser unglückseligen Geistesverfassung im Verein mit dem Zusammentreffen einer Reihe von ungünstigen Bedingungen ist es zuzuschreiben, daß die letzte Depression an Schwere und Ausdehnung alles bisher Dagewesene übertraf.

Interventionismus in der U.S.A.

Daß die komplexe Natur der Krise und Depression nicht gleich erkannt wurde, trägt die Hauptschuld an den verfehlten Gegenmaßnahmen, welche in den ersten Jahren versucht wurden. Man dachte, es handle sich um eine vorübergehende Abweichung vom normalen Preisspiegel, und das neue Gleichgewicht werde nicht allzuweit vom bisherigen entfernt sein. Die orthodoxe Schule verfocht eine Politik des laisser faire, weil sie annahm, es handle sich nur um eine Reinigungskrise. Nach dem altbewährten Deflationsrezept gelte es noch das zu stoßen, was ohnehin zum Fallen bestimmt sei. Die wirtschaft-

lichen Puritaner fanden aber keinen Rückhalt in der öffentlichen Meinung. Sogar der konservative Hoover zeigte sich diesen Ansichten abgeneigt und versuchte nach der Methode Coués die Krise dadurch zu überwinden, daß er sie einfach nicht zur Kenntnis nahm. Alle sollten wie bisher weiter machen, die Löhne sollten nicht herabgesetzt, sondern eher erhöht, die Produktion nicht verringert, der Kredit nicht eingeschränkt, sondern erleichtert werden.

Vielleicht hätte die Politik der Expansion und der Inflation auf Goldbasis sogar Erfolg haben können, wenn sie von allen Ländern der Erde zugleich gemacht worden wäre. Da aber die anderen, goldärmeren Länder um jeden Preis ihre Goldbestände festzuhalten suchten und im übrigen nach dem Grundsatz: «rette sich wer kann» nach ihren besonderen Verfahren die Krise bekämpfen wollten, war dieser Versuch, die kranke Wirtschaft nicht wie bisher chirurgisch, sondern konservativ zu behandeln, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Gründung der R. F. C. (Reconstruction Finance Corporation) vermochte vielleicht das Schlimmste zu verhüten, aber das sonst so bewährte organisatorische Genie Hoovers konnte das Débacle nicht aufhalten.

Als Roosevelt sein Amt antrat, fand er ein wirtschaftliches Trümmerfeld vor. Die Preise waren ins Bodenlose gesunken, die industrielle Produktion viel stärker zurückgegangen als in Europa, die Kapitalien aufs äußerste entwertet, die Banken ruiniert. Durch das halbierte Preisniveau waren alle Schulden aufgewertet und untragbar geworden. Der Farmer mußte nicht nur für Steuern und Zinszahlungen, sondern auch für die Gegenstände seines täglichen Bedarfs und für Löhne erheblich größere Mengen seiner Erzeugnisse aufwenden als vorher, denn die industriellen Preise waren nicht so stark gefallen wie die agrarischen. Maßnahmen zum Schutze der Schuldner konnten zwar deren Zusammenbruch vorläufig verhindern, aber das eigentliche Problem, nämlich die Schuldenaufwertung und die Preisschere wurde dadurch nicht gelöst. Da eine Kürzung des Nominales der geschuldeten Beträge und eine zwangsweise Anpassung der weniger stark gesunkenen starren Preise und Kosten an die reagiblen Preise zu langwierig und politisch nicht gangbar gewesen wäre, wählte Roosevelt das andere Mittel der sogenannten Reflation; der ungewollte, nicht durch Kreditkürzung, sondern durch eine Art Selbstdeflation verursachte Preisrückgang sollte durch eine kontrollierte Inflation bekämpft und die Preise womöglich auf die

Höhe von 1926 gebracht werden. Diese Inflation auf Goldbasis durchzuführen, war nicht möglich, weil die übrige Welt nicht mehr, wie in den ersten Nachkriegsjahren, die Währungs- und Preispolitik der U. S. A. mitmachte, sondern selbständige Wege ging. Somit war, wenn einmal die Absicht bestand, das innere Preisniveau unabhängig vom Weltmarkte zu heben, die Abwertung des Dollars unvermeidlich. Übrigens wäre es besser, den Ausdruck Inflation lieber ganz zu vermeiden, denn er weckt Erinnerungen an die Inflation der Nachkriegszeit, welche durch die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft auf dem Wege der Vermehrung des Banknotenumlaufs zur Deckung staatlicher Ausgaben hervorgerufen wurde. In den U. S. A. handelte es sich vielmehr vorerst eher darum, die Umlaufsgeschwindigkeit der überreichlich vorhandenen Zahlungsmittel zu steigern, und zwar durch Einwirkung auf die Preise o h n e Zuhilfenahme des bekannten Inflationsmechanismus. In erster Linie geschah dies durch die Senkung des Wechselkurses; dadurch wurden die Weltmarktpreise im Verhältnis zu den Inlandpreisen gewaltig erhöht. Inlands- und Weltmarktpreise suchten sich gegenseitig anzugleichen, was allerdings nicht ohne Rückwirkungen auf letztere abging. Beide hätten sich, da die U. S. A. selbst fast die Hälfte des Weltmarktes bedeuten, ungefähr auf halbem Wege getroffen. Diese Preissenkung ist — zum Glück für die übrige Welt — nicht im vollen Ausmaß eingetreten, weil die Regierung den Preisauftrieb noch durch andere Maßnahmen ergänzte, die unmittelbar auf die Preise einwirken sollten. Die A. A. A. (Agricultural Adjustment Administration) ergriff Maßnahmen zur Einschränkung der landwirtschaftlichen Erzeugung, um von der Seite des A n g e b o t s her die Preise zu beeinflussen. Die N. R. A. Codes sollten eine systematische Herabsetzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Stundenlöhne ermöglichen, die sich unter einem Regime der unbeschränkten freien Konkurrenz wahrscheinlich mit der Zeit ebenfalls, aber viel zu langsam durchgesetzt hätten. Da die industriellen Preise nicht im gleichen Verhältnis stiegen wie die Löhne, wurde die Kaufkraft der Arbeitnehmer für landwirtschaftliche Erzeugnisse stärker erhöht als die Kaufkraft der Landwirtschaft durch die gleichzeitige Verteuerung der Industriewaren wieder vermindert wurde, so daß schließlich ein allgemeiner Zuwachs an Kaufkraft entstand. Die zeitweilige Verkürzung der Arbeitszeit sollte zugleich auch das dringende soziale Problem der Arbeitslosigkeit lösen helfen.

Der New Deal Roosevelts hat zumindest den Vorzug von den landesüblichen europäischen Interventionismen, daß er versucht, ein in sich geschlossenes System staatlicher Eingriffe zu geben, die in keinem inneren Widerspruch miteinander stehen. Nichtsdestoweniger haben sich bei der praktischen Durchführung große Schwierigkeiten ergeben.

Das Prinzip, die nominalen Preise von Ausfuhrwaren des Weltmarktes (zum Beispiel Weizen, Baumwolle) durch Senkung des Wechselkurses zu heben, hat gewisse Grenzen in anders gelagerten Interessen. Man darf nicht vergessen, daß bei einem Gläubigerland jede Senkung des Wechselkurses ein Geschenk an die Schuldner bedeutet, insoweit die Forderungen in der Währung des Gläubigers stipuliert sind. Gewiß müssen im Falle einer allgemeinen Senkung der Preise auf jeden Fall den Schuldnern Zugeständnisse gemacht werden, weil sie ja doch nicht in Form von Realwerten wesentlich mehr zurückzahlen können als sie seinerzeit vom Kreditgeber erhalten haben. Darum sollte der Wechselkurs eines Gläubigerlandes womöglich nicht weiter gesenkt werden als der Nachlaß ausmachen würde, den man zu gewähren gewillt oder gezwungen ist. Damit ist aber die Preissteigerung von Ausfuhrwaren nach oben begrenzt. Versucht man, wie es die U. S. A. taten, die Preise über die internationale Parität zu heben, so muß der Absatz sinken. Gerade das ist denn auch eingetroffen: die amerikanische Baumwolle wird am Weltmarkte schrittweise durch alte und neue Wettbewerber verdrängt. Der augenblickliche Vorteil der Baumwollfarmer verwandelt sich mit der Zeit in einen Verlust.

Ein ähnlicher Widerspruch zwischen den Wirkungen auf kurze und auf lange Sicht besteht bei der Kürzung der Arbeitszeit. Vorerst wird ein gewisser Teil der Arbeitslosen aufgesogen. Da aber die Selbstkosten durch die Lohnerhöhung um so stärker erhöht werden, je weniger stehendes Kapital ein Industriezweig oder ein einzelnes Unternehmen benützt, oder mit anderen Worten, je geringer die sogenannten festen Kosten sind, versuchen die Benachteiligten den Vorteil der kapitalintensiveren Betriebe durch technische und organisatorische Rationalisierung wieder wettzumachen. So erklärt es sich, daß trotz der Kürzung der Arbeitszeit die Produktion schneller anstieg als die Zahl der Beschäftigten.

Auch wenn die Erzeugungsmengen der Prosperity wieder erreicht sein werden, müssen noch einige Millionen Arbeitslose zurückbleiben. Vorläufig soll dieser Überschuß mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden. Um die Arbeitslosen vollständig aufzusaugen und zu einer Arbeitswoche von 44—48 Stunden zurückzukehren, müßte die Erzeugung um die Hälfte höher sein als 1929. Das bedingt eine beträchtliche Verbesserung des Lebensstandards, welche wiederum eine tiefgehende Änderung der Konsummöglichkeiten voraussetzt, die nicht von heute auf morgen zu erzielen ist. Neue Bedürfnisse müssen geschaffen werden, die wieder neuen Investitionen rufen. Nicht der erhöhte laufende Verbrauch, sondern die Neuerstellung von Anlagen trägt am meisten zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei.

In gewissem Ausmaße besteht das gleiche Problem fast in allen Industrieländern. Auf die Nachteile der Rationalisierung der Nachkriegszeit und deren Anteil am Ausbruch der Krise wird immer wieder hingewiesen, das Ausmaß der Rationalisierung während der Krise und Depression wird dagegen meist unterschätzt. Je starrer die Arbeitslöhne, desto größer ist die Neigung zur Kostenherabsetzung auf organisatorischem und technischem Wege. Es ist unbestreitbar, daß — rein wirtschaftlich gesehen — auch auf diese Weise eine Anpassung der hohen Industriepreise an die niederen Agrarpreise erzielt werden konnte. Es bildet sich ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht heraus, aber das gesellschaftliche Gleichgewicht bleibt gestört, weil die Arbeitslosigkeit im industriellen Sektor zu einem chronischen Übel wird.

Protektionismus, Korporativismus und andere Formen des Interventionismus versuchen der Erhöhung der industriellen Produktivität durch systematische Behinderung der freien Wirtschaftstätigkeit vorübergehend entgegenzuwirken, mit dem Ergebnis, daß sie nicht in einer Verbesserung der Lebenshaltung, sondern in einer verhältnismäßigen Erhöhung des unproduktiven Teils der Bevölkerung zum Ausdruck kommt. Auch die aus ideologischen Gründen betriebene Hinleitung von Arbeitskräften und Kapitalien in die weniger produktive Landwirtschaft wirkt im gleichen Sinne. So verlieren wir auf der einen Seite, was wir auf der anderen gewinnen. Das beste Beispiel für diese verfehlte Taktik bietet Deutschland, wo die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen durch einen empfindlichen Rückgang der Lebenshaltung erkauft wurde. Schließlich

müssen alle mehr schwitzen und haben dabei weniger zu essen als vorher.

Im großen und ganzen scheint sich das Vorgehen Englands und der Länder des sogenannten Sterlingklubs am besten bewährt zu haben. Sie beschränkten sich im allgemeinen darauf, die Deflation abzustoppen, als sie noch nicht so weit vorgeschritten war, daß einschneidende Eingriffe unvermeidlich wurden. Die Reallöhne waren zwar durch die der Stabilisierung vorangehenden Preisrückgänge gehoben worden (in England und Schweden zum Beispiel um rund 10 %) und das Gleichgewicht zwischen Großhandelspreisen und Lebenshaltungskosten war gestört, aber nicht in einem Ausmaße, welches eine natürliche Anpassung unmöglich machte. Das passive Verhalten Englands und seiner Trabanten hat vielleicht den Wiederaufstieg zuerst etwas hinausgezögert, aber dafür gleichmäßiger und dauerhafter gestaltet. Während in den U. S. A. die Entwicklung wieder durch schwere Rückschläge unterbrochen wurde, und im Durchschnitt noch immer nicht die Erzeugung von 1929 erreicht ist, ging in England von 1933 an die Erholung viel stetiger vor sich. Die Anzahl der Beschäftigten von 1929 ist schon erreicht, die Erzeugung sogar schon überschritten. Noch erfreulicher ist die Lage in Schweden, wo die Konjunktur das Niveau des letzten Hochkonjunkturjahres schon wesentlich überschritten hat. Nichtsdestoweniger ist auch in diesen begünstigten Ländern die Arbeitslosigkeit größer als zur Zeit des Krisenausbruches, weil eben die Produktivität des Arbeiters zugleich mit den erhöhten Reallöhnen gestiegen ist. Daher hat die manchmal geäußerte Meinung, man müsse den Lebensstandard senken, um die Depression zu überwinden, vom privatwirtschaftlichen Konkurrenzstandpunkt der einzelnen Volkswirtschaften aus ihre Berechtigung. Auf die Dauer kann aber der Überschuß an Arbeitskräften nur dann verschwinden, wenn ganz allgemein auf der ganzen Welt der Verbrauch und die Investitionstätigkeit wesentlich über das Ausmaß der letzten Konjunkturperiode hinaus ausgedehnt werden. Nicht die Länder hoher Lebenshaltung müssen sich an östliche Verhältnisse anpassen, sondern die Lebenshaltung und die Verbrauchsfähigkeit der zurückgebliebenen Länder muß gehoben werden. Eine gewisse Umstellung des Produktionsapparates der alten Industrieländer wird sich dabei nicht umgehen lassen. Sie liegt in der Linie der allgemeinen Entwicklung und geht tatsächlich laufend vor sich.

Daß der staatliche Interventionismus während der letzten Jahre eine so verhängnisvolle Rolle spielen konnte, hängt vielleicht zum größten Teil damit zusammen, daß eine Reihe von Staaten versucht hat, sich einseitig den Konsequenzen der agrarischen Preisbaisse und der internationalen Verschuldung zu entziehen.

Der Anteil des Agrarproblems am Ausbruch und an der chronischen Ausartung der Krise läßt sich gar nicht hoch genug einschätzen. Die Schwierigkeiten hatten ihren eigentlichen Ursprung in der Verbilligung der Produktionskosten des überseeischen Getreides. Als sich Europa in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in einer ähnlichen Lage befand, stellten sich einige Staaten (Holland, Dänemark) mit vorzüglichem Erfolge vom Getreidebau auf die Veredelungswirtschaft um. Andere, insbesondere Deutschland, führten mäßige Schutzzölle ein, um die Grundrente einflußreicher Gruppen zu retten. Diesmal kam es anders.

Kaum hatte sich nach dem Nachkriegsrückschlag der Markt der agrarischen Produkte saniert und die Preisschere geschlossen, so setzte unter dem Einflusse neuer Ideologien und militärischer Erwägungen eine Politik der Reagrarisierung europäischer Industrieländer ein, die in der französischen und deutschen Hochschutzzollpolitik und der «Battaglia del Grano» Mussolinis ihren Ausdruck fand. Als Folge des verminderten Einfuhrbedarfes wurden schon lange vor dem Ausbruch der akuten Krise die Agrarpreise auf dem Weltmarkte unter Druck gesetzt und dadurch die Kaufkraft der Nahrungsmittel- und Rohstofflieferanten für Industrieprodukte vermindert. Solange noch der internationale Kapitalverkehr funktionierte, konnten die Industriewaren in Gestalt der Kapitaleinfuhr den Weg in die Agrarländer finden. So konnten diese ihre Einfuhr noch halbwegs aufrechterhalten, obwohl mit weichenden Preisen ein immer größerer Teil der an und für sich schon durch die Schutzmaßnahmen der Industriestaaten mengenmäßig beschränkten Ausfuhr für den Zinsendienst der auswärtigen Schuld und die Übertragung von Kapitalerträgen aufgewendet werden mußte.

Als die Krise ausbrach, stockte nicht nur die Zufuhr neuen Kapitals, sondern auch die alten Kapitalien wurden, soweit sie aus kurzfristigen Ausleihungen bestanden, in großem Umfang gekündigt. In Anbetracht der gesunkenen Preise wäre zur Bezahlung der gewohnten Einfuhrmengen und zur Verzinsung und Rückzahlung der Aus-

landschulden ein Mehrfaches der bisherigen Ausfuhrmengen notwendig gewesen. Anstatt die Einfuhr aus den Agrarländern zu begünstigen, suchten manche Industrieländer noch während der Krise ihre Agrarproduktion zu heben und die Einfuhr weiter einzuschränken. Die Lage verschärfte sich immer mehr, weil jede neue Belastung oder Beschränkung der Einfuhr die Preise noch weiter herabdrückte und dadurch wieder neue Beschränkungen und Zollerhöhungen provozierte. Dazu kam noch, daß — ganz im Gegensatz zur industriellen Produktion — ein Preissturz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse unter Umständen nicht nur keine Einschänkung nach sich zieht, sondern sogar eine Erhöhung der erzeugten Mengen bewirken kann, nämlich dann, wenn gewisse feste Geldbeträge, etwa für Steuern oder Zinsen, gezahlt werden müssen. Bei Industriebetrieben mit großen fixen Kosten treten manchmal ähnliche Bestrebungen auf, meist sorgen aber kartellartige Bindungen für eine gesunde Preisbildung und Anpassung an verminderte Nachfrage. So kam es, daß das Volumen der industriellen Weltproduktion im Tiefpunkt der Depression um ungefähr ein Viertel zurückgegangen war, während die Erzeugungsmengen in der Landwirtschaft in den ersten Jahren der Depression sogar gestiegen waren.

Was sich im großen Weltverkehr zwischen Agrar- und Industriestaaten abspielte und zu einer gewaltigen Verbesserung des Realaustauschverhältnisses im Außenhandel zugunsten der letzeren führte, findet seine Parallele in dem Mißverhältnis der Preise, der sogenannten Preisschere innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften. Beides erweist sich auf die Dauer als Danaergeschenk für die Begünstigten. Da der Verbrauch an landwirtschaftlichen Erzeugnissen im wesentlichen unelastisch, das heißt wenig ausdehnungsfähig ist, kann der Absatz bei noch so niedrigen Preisen nur wenig gesteigert werden. Je mehr von dem möglichen Absatz für die Bezahlung von Schuldzinsen und ähnlichen Lasten aufgewendet werden muß, um so weniger Industrieprodukte können für den Rest eingetauscht werden. Die damit zusammenhängende Erhöhung der Rentnerkaufkraft kann aber nicht ohne weiteres Ersatz für den Absatzverlust der die Landwirtschaft beliefernden Industrien bieten. Letzten Endes wird der Vorteil des verbesserten Realtauschverhältnisses durch sinkende Erzeugungsmengen bei steigenden Stückkosten und zunehmender industrieller Arbeitslosigkeit wettgemacht.

Es ist verhältnismäßig leicht, innerhalb einer bestimmten Volkswirtschaft den relativen Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen je nachdem durch Zölle, Subventionen, Monopole oder durch Senkung des Wechselkurses zu heben. Aber im zwischenstaatlichen Verkehr kann das Realaustauschverhältnis durch derartige Maßnahmen von der Seite der Agrarstaaten her nicht verbessert werden. Hier helfen nur radikale Einschränkung des Angebots durch internationale Zusammenarbeit der Erzeuger oder — schlechte Ernten. Es kann aber auch die Initiative zur Preisanpassung von den Industriestaaten ausgehen, indem diese auf verschiedene Weise die Produktionskosten und die Preise der Fertigwaren an die gesunkenen Rohstoff- und Lebensmittelpreise anzupassen suchen. Dies kann durch die klassische Methode der Deflation, aber auch durch Subventionierung der Ausfuhr oder durch eine Abwertung der Währung geschehen. Eine genügende Deflation der Preise und Kosten zugleich hat zum Beispiel Polen gemacht; Frankreich und Holland haben zwar ihre Ausfuhrpreise weitgehend angepaßt, dagegen sind sie noch nicht imstande gewesen, trotz verschiedener Anläufe eine genügende Kosten- und Budgetdeflation durchzuführen. In der Schweiz sind bis jetzt nicht einmal Anläufe in dieser Richtung gemacht worden, und die ganze Last der Anpassung liegt auf den Schultern der Exportindustrie. Die Subventionierung der Ausfuhr wird am konsequentesten seit einiger Zeit in Deutschland gehandhabt. Die Abwertung der Währung wurde von dem Sterlingklub und den Überseeländern gewählt.

Staatseingriff zur Erhaltung von Preisdisparitäten

In der letzten Zeit hat sich zwischen den Ländern, welche ihre Kosten und Preise genügend gesenkt haben, ein gewisses Gleichgewicht herausgebildet, welches den allmählichen Abbau der Handelsschranken ermöglicht und den Wiederaufbau des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs erleichtert. Dagegen hatte die allgemeine Preissenkung für den Außenhandel und die Binnenwirtschaft der den alten Paritäten treugebliebenen Länder sehr peinliche Folgen, insofern sie nicht imstande waren, ihre Kosten den gesunkenen Erlösen anzupassen. Mit welchen innerpolitischen Schwierigkeiten eine Politik der Kostendeflation zu kämpfen hat, die eine Anpassung der Ausfuhrpreise ohne Vernichtung der Rentabilität möglich macht,

zeigen die jüngsten Vorgänge in Frankreich und Holland. Immerhin wird dort von Zeit zu Zeit ein Versuch zur Kostenanpassung gemacht. Die Schweiz nimmt unter den Ländern des Goldblocks insofern eine Sonderstellung ein, als sie das innere Preis- und Kostenniveau als Tabu ansieht. Von der notwendigen Anpassung wird zwar schon seit Jahren geredet, aber in Wirklichkeit hat man sich darauf beschränkt, durch eine Politik der hermetischen Absperrung mit Hilfe von Zöllen und Kontingenten den Preisdruck des Weltmarktes auszuschalten und im übrigen dem alten eidgenössischen Grundsatz «Deus providebit» nachzuleben.

So lange eine Reihe von Ländern das mangelnde Preisgleichgewicht im Außenhandel durch mengenmäßige Beschränkungen, Clearingverträge und Kompensationsgeschäfte ersetzen muß, ist eine durchgreifende Besserung nicht zu erwarten. Nicht die Währungsschwankungen als solche sind an dem Darniederliegen des Welthandels schuld, denn sie halten sich in letzter Zeit in engen Grenzen. Das größte Hindernis einer wirklichen Gesundung scheint vielmehr das Bestreben gewisser Staaten zu sein, an einer bestimmten Währungsparität festzuhalten, ohne die Konsequenzen aus diesem Wunsche im Sinne einer Kostendeflation zu ziehen. Daher werden die Preise durch künstliche Einschränkung der Einfuhr hochgehalten, was schließlich die Ausfuhr zum Erlahmen bringt und weitere Beschränkungen der Einfuhr zum Schutze der Währung notwendig macht.

Francis B. Sayre, Staatssekretär im U. S. A.-Außenministerium, hat anläßlich eines Vortrages mitgeteilt, daß sich das Geschäft der U. S. A. mit den Staaten, die Clearings, Kompensationen, Einfuhrkontingente usw. eingeführt haben, von 1932 bis 1934 nur um 3 %, dagegen mit den Ländern ohne Handelsschranken um 47 % gehoben habe. Der Zusammenhang zwischen Interventionismus und Schrumpfung des Außenhandels scheint dadurch bewiesen.

Der bisherige Verlauf der Krise und Depression hat gezeigt, daß die erste Bedingung eines dauerhaften Wiederaufbaus der Weltwirtschaft die Wiederherstellung des inneren und äußeren Gleichgewichts der Preise und Kosten ist.

Soweit der staatliche Interventionismus in der Richtung des Gleichgewichts wirkte und dessen Erreichung zu beschleunigen trachtete, hat er sich trotz einzelner Mißgriffe als nützlich erwiesen. Dort aber, wo er mit künst-

lichen Mitteln versuchte, ein Ungleichgewicht aufrechtzuerhalten, hat er jämmerlich versagt. Gewiß ist ein vollständiges laisser faire heutzutage schlechterdings unmöglich geworden. Die Intervention des Staates hat sich aber bis jetzt nur dann bewährt, wenn sie der Neigung der von Sombart als «spätkapitalistisch» bezeichneten Wirtschaft, sich selbst Bindungen aufzuerlegen, entgegenwirkte und jenen Zustand herbeizuführen suchte, der sich in einer freien und reibungslosen Wirtschaft von selber herausbilden würde.

Johann Rudolf Tschiffeli

1716 — 1780

«Der Schweizer Bauer im Zeitalter des Frühkapitalismus» ist der Titel eines vortrefflichen Werks, das Georg C. L. Schmidt vor drei Jahren bei Haupt in Bern erscheinen ließ. Wir hoffen, künftig noch Gelegenheit zu finden, auf die aufschlußreiche Arbeit hinzuweisen, die das weitschichtige Problem mit Kenntnis und Scharfsinn zur Darstellung bringt. Hier erwähnen wir das Buch nur als Rahmen zweier Bauernfeiern, die in das Jahr 1935 fallen: die bevorstehende des Zürchers Kleinjogg und die jüngst erfolgte des Berners J. R. Tschiffeli, dem die Ökonomische und Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Bern vor einigen Wochen in Kirchberg, seiner hauptsächlichsten Wirkungsstätte, gehuldigt hat. Welches die Verdienste Tschiffelis gewesen sind, möge aus ein paar Seiten seines noch heute schätzenswerten Biographen Sigismund von Wagner hervorgehen. Sein Büchlein von 1808 beschließt als eines der letzten die grosse Denkmalskunst des 18. Jahrhunderts.

Eine herrschende Neigung des Landlebens, welche jeder bessern Seele angeboren zu sein scheinet, weil solche eigentlich die erste und natürlichste Bestimmung aller Menschen sind, gesellte sich bei Tschiffeli schon von früher Jugend an, zu aller seiner übrigen Tätigkeit. Ihm, als einem weisen Denker, konnte nicht entgehen, daß sowohl das reinste Glück des Privatmanns, als auch die festeste Wohlfahrt der gesellschaftlichen Verbindungen und der Staaten, ursprünglich und eigentlich auf den Beschäftigungen und auf den Künsten des Landbaus beruhen, und daß diese hinwieder, wenn sie dauernd sein sollen, sich auf eine richtige Theorie und auf eine reine und emsige Praktik gründen müssen. Als einen warmen und unermüdeten Menschenfreund konnte ihm daher auch nichts eifriger am Herzen liegen als der Wunsch, in seinem Vaterland diese erste und notwendigste aller Wissenschaften, die Wissenschaft des Landbaus, die damals daselbst noch sehr unentwickelt war, auf jede nur mögliche Weise zur Ausbildung und Vollkommenheit zu brin-